

Schalom

ÖSTERREICHISCH-



ISRAELISCHE GESELLSCHAFT

חברה אוסטריה-ישראל

Zeitschrift der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft

58. Jahrgang

1/2026

€ 3,-



Israel im Krieg gegen den Terror

Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1080 Wien P.b.b. GZ02Z031415M

Schalom

Schalom, die Zeitschrift der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft, erscheint seit 1968 regelmäßig.

Mit Schalom berichten wir über aktuelle Themen rund um Israel und stellen Informationen zur Verfügung. Ziel der Zeitschrift ist es, eine Vielfalt der Meinungen von unseren Autor*innen zu unterstützen und eine fruchtbare geistige Auseinandersetzung zu ermöglichen. Wir stehen für den Kampf gegen jede Form von Antisemitismus und Antizionismus.

Werden auch Sie Mitglied der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft!

Die Freundschaft mit den Menschen in Israel ist uns wichtig!
Das Formular finden Sie auf unserer Website: www.oeig.at
Unterstützen Sie bitte unsere Arbeit und erwägen Sie ein Spende!



Gedruckt nach der Richtlinie des österreichischen Umweltzeichens „Druckerzeugnisse“, Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 21, Reprographie, UW-Nr 835

Gedruckt auf ökologischem Papier aus der Mustermappe von „ÖkoKauf Wien“. CO2 kompensiert produziert

PESSACH SAMEACH!

חג פסח שמח

Karriereplan für Jugendliche

Jetzt
Schuleinschreibung
für Herbst 2026

nach der Schulpflicht
in 3-4 Jahren eine
Lehre abschließen

nach der Lehre in
nur einem Jahr
Matura machen

Information und persönliche Beratung zum Angebot
des Jüdischen Beruflichen Bildungszentrums



Mit finanzieller Unterstützung des



01/33106 500

boi@jbbz.at

www.jbbz.at

[f](https://www.facebook.com/jbbz.at) [i](https://www.instagram.com/jbbz.at) [@jbbz.at](https://www.tiktok.com/@jbbz.at)

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder der ÖIG!

Eigentlich wollten wir ja feiern und Pläne schmieden: 70 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen den beiden Ländern, die unsere Gesellschaft repräsentiert. Kurt Hengl hat dazu einen aufschlussreichen Text verfasst.

Und dann kam der Krieg dazwischen. Er war der letzte Ausweg, um den Terror zu bekämpfen, der von allen Seiten gegen Israel in Stellung ging. Ein Krieg, von dem wir alle hoffen, dass er mit wenig Opfern vorübergeht und eine nachhaltig faire und friedliche Lösung für die leidtragende Bevölkerung in der ganzen Region bringt. Unser Erster Präsident Rudolf Taschner hat sich auch über die Rolle Österreichs einige Gedanken gemacht. Seinem Beitrag sind aus gegebenem Anlass zwei Seiten dieser Ausgabe gewidmet.

Eine präzise Analyse, warum der Krieg alternativlos war, wie die Lage steht und welche Chancen zu nutzen und Hürden zu überwinden sind, entwirft unser Zweiter Präsident Peter Florianschütz. Er gibt auch der iranischen Bevölkerung eine Stimme.

Die Eskalation im Nahen Osten wirft ihre Schatten auch auf Österreich. Laut Beobachtungen der Antisemitismus-Meldestelle der Israelitischen Kultusgemeinde (IKG) häufen sich antisemitische Vorfälle in den letzten Jahren, verstärkt auch solche mit Israelbezug. Darüber diskutierten Benjamin Nägele, Generalsekretär der IKG und Johannan Edelman, Leiter der Antisemitismus-Meldestelle bei einer Veranstaltung im Restaurant Alef-Alef mit Mitgliedern der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft.

Mit Israel und seiner facettenreichen Position in Geschichte und Politik beschäftigen sich auch immer wieder bedeutende Schriftstellerinnen und Schriftsteller. Peter Florianschütz präsentiert einige spannende Beispiele aus seiner umfassenden Bibliothek. Weitere Auseinandersetzungen mit aktueller Literatur sind geplant.

Das Außenministerium hat einen neuen Sondergesandten für den Nahen Osten ernannt: Arad Benkö. Kurt Hengl, selbst ehemaliger Diplomat, stellt ihn unseren Mitgliedern näher vor.

Dass Israel trotz allem auch schöne Momente erleben kann, kann man in den Minis nachlesen.

Hoffen wir auf einen gerechten Frieden!
Schalom!

Bettina Müller

Inhalt

- 4-5** Österreich und Israels Krieg gegen den Iran
- 6-7** Krieg mit dem Iran
- 8-9** Österreich meldet sich im Nahen Osten!
- 10-11** 70 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Österreich und Israel
- 12-15** Antisemitismus: Der Geist ist aus der Flasche
- 16-17** exlibris
- 18-19** Minischaloms

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber:

Österreichisch-Israelische Gesellschaft (ÖIG),
Lange Gasse 64/15, 1080 Wien, Österreich,
www.oelig.at, office@oelig.at

Präsidenten:

Rudolf Taschner und Peter Florianschütz

Generalsekretär:

Tobias Hübner-Weninger

Redaktion: Bettina Müller, Rudolf Taschner,
Peter Florianschütz, Tobias Hübner-Weninger

Layout: Ulrike Mayrhuber

Bankverbindung:

Bank Austria, IBAN: AT561100000262620801,
BIC: BKAUATWW

Die Meinungen in den Artikeln von Schalom sind diejenigen der Autor_innen und repräsentieren nicht die offizielle Position der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft. Jeder Autor trägt die Verantwortung für seinen Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion nimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Beiträge und Leserzuschriften können auch redaktionell gekürzt wiedergegeben werden.

Titelbild Cover: Mockup Rocket Alerts

Österreich und Israels Krieg gegen den Iran

Von Rudolf Taschner

**'s ist Krieg! 's ist Krieg!
O Gottes Engel wehre,
Und rede Du darein!
's ist leider Krieg –
und ich begehre, Nicht
schuld daran zu sein!**

Dieses tieftraurige Wort des Matthias Claudius durfte Österreich in seiner jahrhundertelangen Geschichte leider nicht immer sagen. Bitterste Kriege sind von diesem Boden ausgegangen. Sie waren, in nüchterner Klarheit ausgesprochen, »unsere Kriege«.

Wir hegen die Hoffnung, dies möge in Zukunft nie mehr der Fall sein. Nie mehr sei ein Krieg als »unser Krieg« proklamiert. Darum bedaure ich es, wenn sich eine hochrangige österreichische Persönlichkeit vor aller Öffentlichkeit in der Tracht einer Kriegspartei präsentiert und damit gleichsam einen Krieg zueigen macht. Zugegeben, Kriege müssen zuweilen geführt werden. Doch sie sind entsetzlich, und je länger sie währen, umso schrecklicher. Sie verdienen kein besitzanzeigendes Fürwort.

Auch ein »kalter Krieg« ist Krieg, nicht Friede. Beim Frieden wird, symbolisch gesprochen, das Kriegsbeil feierlich begraben, denn wie eine Leiche soll es verwesen. Beim kalten Krieg hingegen wird es zwar nicht geschwungen, aber es liegt drohend umher, stets griffbereit. Fälschlich meinen viele, seit 1945 sei in Europa Friede eingekehrt. Das ist falsch: Es herrschten Argwohn und Angst. Erst nach dem Fall der Berli-

ner Mauer und des Eisernen Vorhangs zeigte sich am Horizont wie ein Traumgebilde der, wie ihn Kant mit großer Skepsis nannte, »ewige Frieden«. Ob er so umsichtig und weise verwirklicht wurde, wie es einst nach Napoleons blutigen Schlachten beim Kongress in Wien Metternich, Castlereagh, Hardenberg, Nesselrode und Talleyrand gelang, mag bezweifelt werden.

Ein mindestens ebenso bitterer kalter Krieg, der zuweilen in heiße Phasen geriet und eben jetzt gerät, belastet den Nahen Osten. Seit seiner Gründung ist Israel diesem Krieg ausgesetzt. Und er wird schwelen, so lange Staaten die Vernichtung Israels als unverzichtbares Interesse auf ihre Fahnen heften. Wenn das Regime des Iran seine Verbündeten zum Gemetzel ermutigt und wenn es selbst unbelehrbar Pläne zur Auslöschung Israels zu verwirklichen sucht, ist Krieg die Ultima Ratio, um diesem Regime das Heft des heillosen Handelns aus der Hand zu reißen.

Dieser Krieg ist kein vom restlichen Weltgeschehen isoliertes Ereignis. Er betrifft uns alle. Er betrifft auch Österreich. Offenkundig wirtschaftlich: die Versorgung mit Öl und Gas ist gefährdet, Lieferketten sind gesprengt, es drohen hohe Inflation und schmerzhaftes Rezession. Doch den Blick allein darauf zu richten, ist kurzsichtig und wird der Beklemmung nicht gerecht. Zumal Österreich gut beraten ist, den Blick vom Provinziellen weg und auf fundamentale Interessen hin zu richten.

Die Interessen eines Staates ordnen sich in konzentrischen Kreisen

an: Der innerste und wichtigste Kreis beinhaltet die Interessen für das Wohlergehen des Staates selbst und seiner Bürger: Ihnen Sicherheit, Freiheit und das Streben nach Glück zu vermitteln, sowie durch Wahrung und Mehrung des Wohlstands sowie durch Pflege der österreichischen Lebensart die Voraussetzungen für den demokratisch verankerten Rechtsstaat zu schaffen. Erst danach beginnt die Außenpolitik.

Der zweite Kreis betrifft bei einem kleinen Land wie Österreich die Abstimmung der eigenen Interessen mit denen der Nachbarstaaten. Schon geographisch hat Österreich viele. Doch es geht über die Geographie hinaus: So wie Portugal, zwar von einem Ozean meilenweit getrennt, historisch mit Brasilien innige nachbarschaftliche Gemeinsamkeit verbindet, ist dies, vielleicht sogar noch intensiver, bei Österreich und Israel der Fall. Im Gegensatz dazu liegen die Staaten, denen nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs Galizien und die Bukowina zugesprochen wurden, weit außerhalb des zweiten Kreises. Sie haben sich Österreich entfremdet. Die meisten Nachfahren derer aus Lemberg oder Czernowitz leben nicht mehr dort; eher findet man sie in Jerusalem oder Tel Aviv. Wie viele andere, die Österreichisches in sich tragen, deren Ahnen aus Österreich stammen, sei es aus der Millionenstadt Wien oder, zum Beispiel bei den Bewohnern von Kirijat Mattersdorf, aus einem Weiler des Burgenlands.

Der dritte und der vierte Kreis umfasst die in Europa und die global gehegten Interessen. Hierzu sei kein

weiteres Wort verloren bis auf zwei Anmerkungen.

Zum dritten, den kontinentalen Kreis, gäbe es sehr viel zu sagen, aber leider wenig Ermutigendes. Es sei allein auf den von Christoph Kletzer am 20. Februar in der »Welt« geschriebenen Essay mit dem Titel »Europas gespenstische Selbsttäuschung« verwiesen, der – bis auf seinen letzten Absatz, dem ich heftig widerspreche – eine stimmige und brillante Analyse bietet.

Beim vierten, dem globalen Kreis, drückt sich Österreichs Engagement beispielsweise dadurch aus, dass sich unser Land um einen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen bewirbt. Wiewohl die Bedeutung der Vereinten Nationen nicht einmal mehr ein Schatten ihrer selbst ist, will Österreich dennoch auf dieser klapprig gewordenen Bühne seine Stimme im Weltkonzert zugunsten des Verlangens nach Frieden erheben.

Doch kehren wir zum zweiten, uns viel näher stehenden Kreise der unmittelbaren historischen Nachbarschaft von Österreich und Israel zurück. Dieser engen Bande war sich die österreichische Außenpolitik seit der vor ziemlich genau 70 Jahren aufgenommenen diplomatischen Beziehungen der beiden Staaten bewusst. Insbesondere der damalige Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten und spätere Außenminister und Bundeskanzler Kreisky. Zwar war sein öffentlich wahrgenommenes Verhältnis zu Israel bekanntlich öfters schwer getrübt, doch tatsächlich hat er, obwohl alles andere als ein Zionist, die Interessen des israelischen Staates dort subtil und wirksam unterstützt, wo es mit den Interessen Österreichs gut vereinbar war. Seine Bedeutung als weltpolitisch eminentester österreichi-

scher Politiker wurde unter anderem in den Memoiren des amerikanischen Außenministers Kissinger hervorgehoben. Wiewohl Kissinger eine gänzlich andere Linie als Kreisky verfolgte, eine der politischen Lage wohl angemessenere, war er von Kreiskys Format und Analysekraft beeindruckt: sie seien angesichts des kleinen Landes, das er vertritt, gigantisch.

2018 bezeichnete Bundeskanzler Kurz, der bei diesem Thema einen großen historischen Feinsinn besitzt, die Sicherheit Israels als »nicht verhandelbar« und als Teil der österreichischen Staatsräson. Israels Sicherheit wird seitdem als wesentliches Interesse Österreichs gesehen. Natürlich ist Österreich gut beraten, seine gemeinsamen Interessen mit einem Partnerstaat nur dann zur Geltung zu bringen, wenn dadurch die legitimen Interessen eines dritten Staates keinen Schaden nehmen und keine Feindschaft hervorbricht.

Wie die Vergangenheit lehrt, erlaubte diese kluge Außenpolitik Österreich trotz seiner machtpolitischen Irrelevanz, die Rolle des »ehrlichen Maklers« auszuüben. Nicht von ungefähr war Wien zum Beispiel vor knapp zwölf Jahren Verhandlungsort zwischen den Außenministern der USA und des Iran. Man mag dies als beiläufig abtun, aber die hier erwähnten Namen Kreisky und Kurz, zu denen sich auch Vranitzky, Schüssel und weitere andere nennen lassen, verdeutlichen doch, dass politische Persönlichkeiten von Format auch in kleinen Staaten Großes zu bewirken vermögen.

Irgendwann, hoffentlich bald, werden die Raketen im Nahen Osten in den Silos bleiben, die zerstörerischen Drohnen nicht mehr schwirren, die Waffen der Soldaten nicht

mehr töten. Doch dann wird erst das Kriegsbeil aus der Hand gelegt, und es verbleibt die viel schwierigere Aufgabe, es zu begraben. Österreich soll sich, insbesondere wegen seiner Verbundenheit zu Israel und seiner historischen Tradition als Vermittler, bei diesem Begräbnis einbringen. In leichter Abwandlung könnten wir so die letzte Strophe des Kriegslieds von Matthias Claudius hören:



**Doch Friede schaffen,
Fried' im Land' und Meere:
Das wäre Freude nun!
Österreich! Wenn's
irgend möglich wäre!
Was könnt'st du
Größer's tun?**



Foto: Paul Gruber

**Prof. Dr. Rudolf Taschner,
Abg. z NR, ist Erster Präsident
der Österreichisch-Israelischen
Gesellschaft**

Krieg mit dem Iran

Nach einer gefühlten Ewigkeit ist es jetzt zu einer offenen kriegerischen Auseinandersetzung mit der Islamischen Republik Iran gekommen. Verdeckt findet dieser Krieg bereits seit vielen Jahren statt. Es ist ein Krieg gegen ein Regime, das die Vernichtung Israels zur Staatsraison erhoben hat, nicht ein Krieg gegen das iranische Volk, das unter genau diesem Regime leidet.

Von Peter Florianschütz

Die Diskussion über einen möglichen Krieg gegen das iranische Regime wird häufig moralisch aufgeladen geführt. Krieg gilt zu Recht als ultima ratio der internationalen Politik. Dennoch gehört es zu den Grundannahmen der internationalen Sicherheitsordnung, dass militärische Gewalt unter bestimmten Umständen legitim sein kann, um existenzielle Bedrohungen abzuwenden. Aus einer proisraelischen und sicherheitspolitischen Perspektive lässt sich argumentieren, dass ein militärischer Konflikt mit der Islamischen Republik Iran unter bestimmten Bedingungen nicht nur legitim, sondern notwendig sein kann. Zwei zentrale Aspekte stehen dabei im Vordergrund: die Sicherheit Israels und die politische Zukunft der iranischen Bevölkerung. Zwischen der islamischen Republik Iran und dem Staat Israel herrscht de facto seit Jahren ein Status des Krieges, es gibt keinerlei Verhandlungs- geschweige denn Einigungsoptionen.

Das Regime des Iran hat in zentralen Fragen eine ultimative Bedrohung gegen den Staat Israel und seine Bevölkerung aufgebaut. Gegen seine gesamte Bevölkerung nicht nur zur ihrem jüdischen Mehrheitsteil. Es ist die normale Verpflichtung jeder

israelischen Regierung ihre Bevölkerung zu schützen. Das tut sie passiv durch eine große Anstrengung einerseits die Schaffung von Schutzeinrichtungen, andererseits durch militärtechnische Einrichtungen wie die diversen Abfangsysteme.

Führende Vertreter der Islamischen Republik haben wiederholt die Existenz Israels grundsätzlich infrage gestellt und dessen Zerstörung propagiert. Sie tun das nach wie vor. Diese Rhetorik ist nicht nur symbolisch, sondern wird durch konkrete militärische Strategien ergänzt. Der Iran verfolgt seit Jahren ein umfassendes Raketen- und Drohnenprogramm und unterstützt eine Reihe regionaler Milizen und Stellvertreterorganisationen, die offen gegen Israel operieren. Dazu gehören unter anderem militante Gruppierungen im Libanon, im Gazastreifen, im Jemen, im Irak und in Syrien. Durch diese sogenannte »Achse des Widerstands« verfolgt Teheran eine Strategie der indirekten Kriegsführung, die Israel dauerhaft unter militärischen Druck setzt.

Der Krieg in Gaza und die ständigen Angriffe aus dem Libanon und Jemen sind ein deutliches Zeichen für die Strategie des Regimes. Es geht ihnen um die Vernichtung Israels!

Das Atomprogramm als ultimative Bedrohung

Das iranische Atomprogramm ist seit Jahren eine qualitative Eskalation dieser Bedrohung Israels. Ein nuklear bewaffneter Iran würde die strategische Balance im Nahen Osten fundamental verändern. Für Israel – einen Staat mit geringer territorialer Tiefe und einer hoch konzentrierten Zivilbevölkerung – hätte eine solche Entwicklung existenzielle Konsequenzen.

Bereits die Möglichkeit eines nuklearen Erstschlags oder einer nuklearen Abschreckung durch ein offen antiisraelisches Regime würde die Sicherheitsarchitektur der gesamten Region destabilisieren. Angesichts dieser Situation ist es inakzeptabel, dass das iranische Regime die Verfügung über Nuklearwaffen erlangt. Aus diesen Überlegungen ergibt sich ein, aus völkerrechtlich Betrachtung gegebenes, Recht auf einen Verteidigungskrieg (jus ad bellum¹), auch deshalb, weil mit Ausnahme der USA kein Staat bereit ist Israel mit mehr als wirkungslosen Resolutionen beizustehen und die internationalen Institutionen nicht wirken.

Das humanitäre Völkerrecht sieht als wichtige Grundlage für einen

Krieg Selbstverteidigung nach Artikel 51. der UN Charta vor. Diese Bedingung ist gegeben!

Die deklarierten Kriegsziele in dieser Auseinandersetzung sind zum Schutze Israels:

- Die Zerstörung des iranischen Nuklearprogrammes und der Möglichkeit es wieder zu errichten
- Die Zerstörung des iranischen Raketenprogrammes sowohl der Waffen als auch die Produktionsstätten
- Eine Zerschlagung der Proxi-Strukturen des Iranischen Regimes
- Die Einschränkung des inneren Repressionspotentials der islamischen Republik

Die Umsetzung dieser Bedingungen wäre ein entscheidender Schritt zu einer zukünftigen friedlichen Lösung.

Nicht nur eine militärische Frage

Doch die Dimension des Konflikts beschränkt sich nicht auf Fragen militärischer Abschreckung. Ebenso relevant ist die innenpolitische Struktur des iranischen Staates. Die Islamische Republik ist ein autoritäres System, das die politische Opposition systematisch unterdrückt.

In den vergangenen Jahren haben wiederholte Protestbewegungen gezeigt, dass große Teile der iranischen Bevölkerung grundlegende politische und gesellschaftliche Reformen fordern. Diese Proteste wurden regelmäßig mit massiver staatlicher Gewalt beantwortet.

Ein innenpolitischer Transformationsprozess, der einen grundsätzlichen Systemwechsel ermöglichen könnte, ist nach glaubwürdigen

Einschätzungen der Mehrheitliche Wunsch der iranischen Bevölkerung. Autoritäre Systeme, die stark auf Sicherheitsapparate und militärische Machtstrukturen angewiesen sind, verlieren häufig ihre Stabilität, wenn diese Strukturen erschüttert werden. Ein Zusammenbruch oder eine grundlegende Schwächung des iranischen Machtapparates könnte daher politische Räume öffnen, in denen demokratische und reformorientierte Kräfte stärker wirken können.

Ein Systemwechsel im Iran muss auf dem Willen der iranischen Bevölkerung beruhen. Dabei sollten wir sie so gut als möglich unterstützen.

Aus dieser Perspektive verbindet sich die sicherheitspolitische Logik Israels mit einer normativen Dimension internationaler Politik. Der Konflikt richtet sich nicht gegen die iranische Bevölkerung, sondern gegen ein repressives Regime, dessen ideologische und militärische Politik sowohl nach innen als auch nach außen destabilisierend wirkt. Ein politisch transformierter Iran mit einer demokratischen, menschenrechtsbasierten Agenda hätte das Potenzial, ein stabiler und konstruktiver Akteur im Nahen Osten zu werden.

Natürlich bleibt ein militärischer Konflikt mit erheblichen Risiken verbunden. Regionale Eskalationen, wirtschaftliche Instabilität und humanitäre Folgen sind reale und ernstzunehmende Gefahren. Dennoch muss man erkennen, dass die Alternative – ein nuklear bewaffnetes, ideologisch radikalisiertes Regime – langfristig ein noch größeres Risiko darstellen würde. Der Zeithorizont

das zu verhindern, wird immer knapper, ein wesentliches Argument für diesen Präventivkrieg.

Aus einer proisraelischen sicherheitspolitischen Perspektive ergibt sich daher eine klare Schlussfolgerung: Wenn diplomatische Mittel versagen und die militärischen Fähigkeiten des iranischen Regimes eine existenzielle Bedrohung für Israel darstellen, kann ein militärisches Eingreifen als notwendige Maßnahme betrachtet werden. Ziel eines solchen Konflikts wäre nicht Expansion oder geopolitische Dominanz, sondern die Verteidigung eines Staates, der seit seiner Gründung wiederholt mit existenziellen Bedrohungen konfrontiert war.

In diesem Sinne wäre ein Krieg gegen das iranische Regime nicht Ausdruck aggressiver Politik, sondern eine tragische, aber möglicherweise unvermeidliche Form kollektiver Selbstverteidigung – mit dem langfristigen Ziel, sowohl die Sicherheit Israels als auch die Möglichkeit politischer Freiheit für die Bevölkerung des Iran zu stärken.

[Peter Florianschütz M.A. MLS ist zweiter Präsident der ÖIG, er hat einen Masterabschluss in Human Rights und einen Abschluss in Legal Studies und ist Mitglied im Netzwerk BATA zur Bekämpfung des Antisemitismus.](#)

¹ Ich werde sehr zeitnahe dazu eine Expert*innendiskussion mit unseren Freund*innen auch zur Einschätzung des Krieges in Gaza anstoßen

Österreich meldet sich im Nahen Osten!

Sondergesandter Dr. Arad Benkö

Von Kurt Hengl

Die instabile Situation im Nahen Osten explodierte am 7. Oktober 2023 im Süden Israels und begann, sich zu einem regionalen Flächenbrand auszubreiten.

Österreichs Außenministerin Meinhart Reisinger will mit der Ernennung eines Sondergesandten in einer »hochdynamischen Phase« für die Nahost-Region »einen sichtbaren Beitrag zur Stabilisierung dieser für die EU wesentlichen Nachbarregion leisten« und ernannte mit 1. Februar 2025 erstmals einen österreichischen Sondergesandten für den Nahen Osten: Der Aufgabenbereich des Sondergesandten umfasst die Länder Israel, die palästinensischen Gebiete, Ägypten, Jordanien, den Libanon und Syrien sowie die Beziehungen Israels mit der arabischen Welt. Die fragile Lage im Gazastreifen, in Syrien und im Libanon und die diplomatischen Bemühungen um den von den USA, Katar, Ägypten und der Türkei vermittelten Gaza-Friedensplan von US-Präsident Donald Trump machen deutlich, dass internationale Zusammenarbeit und nachhaltiges Engagement notwendiger denn je sind. Zentrale Schwerpunkte des Mandats sind unter anderem die Förderung von Friedens- und Vermittlungsprozessen in der Region, eine kohärente Abstimmung zwischen humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Außenpolitik sowie die Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Ihre Wahl fiel auf den erfahrenen Diplomaten Dr. Arad Benkö.

Er entstammt einer burgenländi-

schen Familie aus Neusiedl am See, sein Großvater überlebte Mauthausen, sein Vater emigrierte nach Israel, wo er 1970 zur Welt kam.

Nach Studien in Wien, London und Brügge trat er ins Außenministerium ein, sein Auslandsdienst begann in Bonn und führte ihn über den krisengeschüttelten Westbalkan in Kosovo, Bukarest, 2006 als Leiter des Kulturforums und Pressesprecher an die Botschaft Tel Aviv, eine »Kaderschmiede« für hervorragende Diplomaten. Er wurde Botschafter in Lettland und Georgien und hielt in den Kriegsjahren 2022 bis 2025 die österreichische Fahne als Botschafter in Kyjiw hoch.

Er fasst die Schwerpunkte für eine koordinierte österreichischen Position und Aktion, zum Ziel einer Beruhigung der Region, dies zum Wohl sowohl Israels als gleichermaßen all seiner Nachbarn, so zusammen und schildert einige Aspekte:

Seit Beginn des Krieges in den palästinensischen Gebieten, ausgelöst durch die brutalen Terroranschläge der Hamas im Oktober 2023, ist die Lage trotz des Waffenstillstands nach wie vor äußerst angespannt. Die Zivilbevölkerung ist weiterhin mit gravierenden Einschränkungen beim Zugang zu essentiellen Gütern wie sauberem Wasser, ausreichender und ausgewogener Ernährung sowie grundlegenden Gesundheitsleistungen konfrontiert. Durch den Einsatz von humanitären Mitteln, insbesondere dem Auslandskatastrophenfonds (AKF), versucht Österreich einen Beitrag zur Stabilisierung von

Gaza und der gesamten Region zu leisten und hat bis Ende 2025 rund € 83 Mio. zur Unterstützung der Zivilbevölkerung beigetragen.

In Gaza unterstützt Österreich die Umsetzung des 20-Punkte-Plans, die nachhaltige Verteilung humanitärer Hilfe sowie die Einrichtung einer funktionierenden Verwaltung und hat die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen, um sich an den entsprechenden EU-Missionen zu beteiligen. So beschloss die Bundesregierung am 14.1.2026, das österreichische Engagement für Frieden und Sicherheit im Nahen Osten weiter auszubauen und die Entsendung von Expertinnen und Experten aus dem Außen-, Innen-, Finanz- und Justizministerium zur EU-Grenzassistenzmmission Rafah und zur EU-Polizeimission für die Palästinensischen Gebiete zu genehmigen. Ziel der Missionen ist es, die Palästinensische Autonomiebehörde beim Aufbau eines modernen Zoll- und Polizeisystems zu unterstützen, insbesondere durch Beratung und Training.

Die humanitäre Lage in Syrien bleibt auch nach dem Regimewechsel weiterhin sehr schwierig. Die humanitäre Krise ist insbesondere durch aufflammende Konflikte und die dadurch ausgelösten Vertreibungen sowie die weltweite Ernährungskrise gekennzeichnet. Von 2012 bis Ende 2025 hat Österreich mehr als € 258 Millionen an humanitärer Hilfe für Syrien und die Region bereitgestellt.

Unter der Leitung von Arad Benkö veranstaltete das Außenministerium am 22. Jänner einen Round-Table



Dr. Arad Benkö, Foto: Kurt Hengl



Dr. Arad Benkö und Autor Kurt Hengl

mit 26 österreichischen Unternehmen zum Thema Wiederaufbau in Gaza und Syrien. Ziel war es, interessierte österreichische Unternehmen über die Lage vor Ort zu informieren und frühzeitig Chancen für die österreichische Wirtschaft auszuloten. Ziel ist, eine sichere Zukunft für die Menschen vor Ort schaffen und zugleich österreichischen Unternehmen frühzeitig Perspektiven im Wiederaufbauprozess bieten, betonte Außenministerin Meisl-Reisinger bei der Eröffnung des Round-Tables.

In Syrien konzentriert sich die Unterstützung auf den Aufbau staatlicher Institutionen, humanitäre Hilfe und einen inklusiven und friedlichen Übergangsprozess, um für die syrische Zivilbevölkerung wieder Perspektiven vor Ort zu schaffen und eine Rückkehr Geflüchteter zu ermöglichen. »Ein funktionierender Staat mit funktionierenden Institutionen und einer funktionierenden Verwaltung ist die Grundvoraussetzung für Investitionen und Wirtschaftsaufbau, natürlich auch für österreichische Unternehmen. Daran arbeiten wir gemeinsam mit EU- und internationalen Partnern, denn

das bietet den Menschen eine Perspektive und ermöglicht die Rückkehr«, erklärte Benkö, der den Round-Table moderierte.

Im Rahmen des Round-Tables informierten Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Union, der AUSSENWIRTSCHAFT AUSTRIA, der Industriellenvereinigung und der Österreichisch-Arabischen Handelskammer sowie der österreichischen Vertretungsbehörden in der Region über die Lage in Gaza und Syrien und gaben einen Überblick über die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den Wiederaufbau in Gaza und Syrien einschließlich potenzieller Investitionsmöglichkeiten, sobald es die Lage zulässt.

»Dieser frühe Austausch zwischen Diplomatie und Wirtschaft über eine Vertiefung des österreichischen Engagements im Nahen Osten hilft uns auch, auf internationaler Ebene für künftige Entwicklungen besser aufgestellt zu sein. Außerdem reduzieren wir mit dem raschen Wiederaufbau von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft letztendlich auch die irreguläre Migration nach Europa«,

so Außenministerin Meisl-Reisinger abschließend.

Die Österreichisch Israelische Gesellschaft wünscht dem Sondergesandten für den Nahen Osten Beharrlichkeit und Erfolg! Er ist der designierte zukünftige Missionschef in Tel Aviv.

[Dr. Kurt Hengl war Botschafter Österreichs in Israel](#)

70 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Österreich und Israel

Von Kurt Hengl

Was bedeutet diese historische Entscheidung?

Ein Abkommen zwischen zwei souveränen Staaten, sich gegenseitig anzuerkennen und Vertreter zu entsenden; es bildet den formalen Rahmen für offizielle Kommunikation und die Pflege politischer, wirtschaftlicher und kultureller Kontakte – ein wahrer Blutkreislauf der internationalen Kooperation, kodifiziert in der Wiener Diplomaten-Konvention 1966.

Nachdem Österreich 1949 den neuen Staat Israel anerkannt hatte, wurden im Februar 1956 die vollen diplomatischen Beziehungen sowie formal die Entsendung von Botschaftern beschlossen und damit ein Dialog und Verhandlungen ermöglicht.

Viele Probleme aus der schwerwiegenden NS-Periode in Österreich, Fragen von Restitution und Wiedergutmachung beeinflussten danach die bilateralen Beziehungen negativ in den politischen Kontakten, in der wirtschaftlichen Entwicklung und



Sadat, Kreisky, Rabin

kulturellen Zusammenarbeit. Die Ära Kreisky war gekennzeichnet durch eine Abkühlung der Beziehungen durch die Schließung des Transitlagers Schönau 1979 und die Anerkennung der PLO 1980, formal erkennbar durch ein Ende der Besuchsdiplomatie zwischen 1977 und 1982 und die ab 1986 zeitweise Zurückberufung des israelischen Botschafters.

Die politische und wissenschaftliche Aufarbeitung der österreichischen Vergangenheit, angestoßen durch die Affäre Waldheim, zeigte erste Früchte: 1990 bekannte Waldheim in einem Interview, mit seiner Biografie Fehler begangen zu haben

und verzichtete auf eine Wiederwahl; am 8. Juli 1991 erklärte Bundeskanzler Vranitzky im Parlament die »kollektive Verantwortung für jeden von uns, sich zu erinnern und nach Gerechtigkeit zu suchen«. Im Juni 1993 erhielt Vranitzky für diese seine Worte die Ehren-Doktorwürde der Hebräischen Universität Jerusalem im Amphitheater auf dem Mount Scopus; in seiner Dankesrede bekräftigte er »Österreichs Mitverantwortung für die Verbrechen vieler, die sich schuldig gemacht hatten«. Nach einer Minute der Totenstille brach in der Arena ein nicht enden wollender Applaus aus: »Auf diese Worte warteten wir seit Jahrzehnten!«.

Ein neues Kapitel der österreichischen Geschichte und bedeutender Meilenstein für die bilateralen Beziehungen konnte aufgeschlagen werden!

Thomas Klestil wurde nach Waldheim 1992 zum Bundespräsidenten gewählt, Israel entsandte wieder einen Botschafter nach Wien, der bisherige österreichische Geschäftsträger in Tel Aviv wurde zum Botschafter ernannt. Klestil stattete Israel im November 1994 als erster Bundespräsident einen Staatsbesuch ab,



Bruno Kreisky und Golda Meir in Wien, 1973



Rabin empfängt Vranitzky, 1993

hielt in der Knesset seine historische Rede über die Mitverantwortung angesichts der Schuld österreichischer Schergen und verließ Jerusalem als »Freund Israels«. Für 1996 war ein symbolträchtiger Gegenbesuch von Premier Rabin bei Vranitzky geplant, doch ein fanatischer Todesschütze kam ihm zuvor – Rabin starb am 4. November 1995 in Tel Aviv bei einer Friedenskundgebung.

Wegen der Koalitionsregierung Schüssel I mit der FPÖ froh Israel seine Beziehungen 2000 erneut ein und zog seinen Botschafter ab. Ab 2004 normalisierten sich die Beziehungen mit Israel wieder behutsam, jedoch diesmal beständig: Österreichs Haltung zu seiner NS-Vergangenheit, Fragen wie Wiedergutmachung und Entschädigung, ja Restitution waren geklärt, Staatsbürgerschaftsprobleme waren in Verhandlung, das Problem einer Regierungsbeteiligung der FPÖ vom Tisch. Auch der Handelsaustausch intensivierte sich, vor allem in den Bereichen High-Tech, Maschinenbau und Pharmazie, ebenso der Tourismus. Die politischen Besuche häuften sich nunmehr: Außenministerin Zippi Livni nahm im Februar 2006 an einer Holocaust-Debatte in der Diplomatischen Akademie teil, Bundeskanzler Gusenbauer reiste im Juni 2008 offiziell nach Israel, sein Nachfolger Vizekanzler Werner Faymann sowie Außenminister Spindler und VK Pröll im Jahr 2010, 2014 besuchte Außenminister Kurz erstmals Premier Netanjahu, mit dem ihn tiefe Sympathie verbinden sollte.

Im Februar 2016 wurden 60 Jahre des Bestehens diplomatischer Beziehungen mit Veranstaltungen in beiden Ländern als politisches Signal einer gefestigten Freundschaft gefeiert, das »Schalom« glänzte mit einer Sondernummer. 2018 besuchte



Beate Meinl-Reisinger trifft Gideon Saar, 2025

Bundeskanzler Kurz erneuert Israel: Österreich rückte deutlich näher an Israels Positionen und profiliert sich seither innerhalb der EU als besonders pro-israelischer Partner. In diesem positiven Klima kam Präsident Reuven Rivlin im März 2021 auf einen Staatsbesuch. Premier Yair Lapid kam im Jänner 2022 zum Internationalen Holocaust Tag nach Wien und fand in Mauthausen den Gedenkstein für seinen Großvater. Kurzens Nachfolger Karl Nehammer vereinbarte 2022 eine »Strategische Partnerschaft« mit Israel: 14 Teilbereiche, darunter Wirtschafts- und Sicherheitspolitik, Jugendaustausch, Gedenken an die Opfer des Holocaust – und »Keine Neutralität im Kampf gegen den Terrorismus«. Am Jahrestag des Hamas Angriffs auf den Süden Israels wurde am 7.10.2023 auf dem Kanzleramt und dem Außenministerium als Zeichen der Solidarität die Flagge Israels gehisst, wie schon im Mai 2021 seitens Bundeskanzler Kurz. Außenministerin Meinl-Reisinger empfing im Juli 2025 Israels Außenminister Gideon Saar, kritisierte die humanitäre Situation in Gaza, »was jedoch nichts an der Unterstützung Israels ändere«.

Israels Botschafter David Roet sagte zum Jubiläum: »Israel und Österreich haben eine schmerzhaft und komplexe Geschichte in eine

Partnerschaft verwandelt, die auf Verantwortung, Vertrauen und echter Freundschaft basiert. Österreichs klares Bekenntnis zu seiner historischen Verantwortung legte den moralischen Grundstein für die starken und lebendigen Beziehungen, die wir heute feiern.«

Die geplante Reise von Bundeskanzler Christian Stocker nach Israel anlässlich der 70-Jahrfeier musste kurzfristig verschoben werden, ihm ist ein offener und herzlicher Empfang sicher.

Die Österreichisch-Israelische Gesellschaft begrüßt die stete Vertiefung der beiderseitigen Beziehungen sowohl auf politischer als auf wirtschaftlicher Ebene, besonders auch auf der kulturellen und künstlerischen Bühne und wird ihre Aktivitäten mit Elan weiterführen.

[Beilage: Schalom-Artikel](#)
[»50 Jahre Österreich-Israel«](#)



80 Jahre Auschwitz Befreiung Gedenken, 2026

Antisemitismus: Der Geist ist aus der Flasche



Bettina Müller berichtet

Veranstaltung zum Thema der weltweit steigenden antisemitische Vorfälle mit Benjamin Nägele, Generalsekretär der IKG Wien, und Johannan Edelman, Leiter der Antisemitismus-Meldestelle

Tatsache: Seit dem Hamas-Terroranschlag am 7. Oktober 2023 steigt die Zahl antisemitischer Vorfälle in Europa bedrohlich an. Betrachtet man die Lage genauer muss man feststellen, dass alles erschreckenderweise schon deutlich früher angefangen hat, nicht erst an diesem Tag... Auch die weitere Entwicklung ist beunruhigend..

schalom 2026/01

Am 16. Februar 2026 – noch vor Beginn des aktuellen Kriegs gegen das Regime im Iran und seine Verbündeten – sprachen der Generalsekretär der IKG Wien, Benjamin Nägele und der Leiter der Antisemitismus-Meldestelle, Johannan Edelman im Gastsaal des Restaurants der IKG Alef-Alef mit Mitgliedern der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft ausführlich zu diesem brisanten Thema.

Nach einer kurzen Begrüßung durch den Präsidenten der ÖIG, Rudolf Taschner, kam zuerst Benjamin Nägele zu Wort, gefolgt von Johannan Edelman und darauffolgend eine rege Diskussion.

Benjamin Nägele

... war vor seiner jetzigen Tätigkeit einige Jahre in der Antisemitismusbekämpfung in Brüssel aktiv, zuerst als Referent eines Abgeordneten im Europaparlament, dann als Direktor bei B'nai B'rith International. Im September 2019 übernahm er von Raimund Fastenbauer, der auch im

Beirat der ÖIG aktiv ist, die Position als Generalsekretär der IKG Wien. In dieser Funktion verantwortet er die Leitung von rund 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Rechnet man alle Einrichtungen dazu, von Altersheim über ZPC-Kindergarten und Schule bis zum Psychosozialen Zentrum und dem Jüdischen Berufsbildungszentrum, sind es mehr als 600.

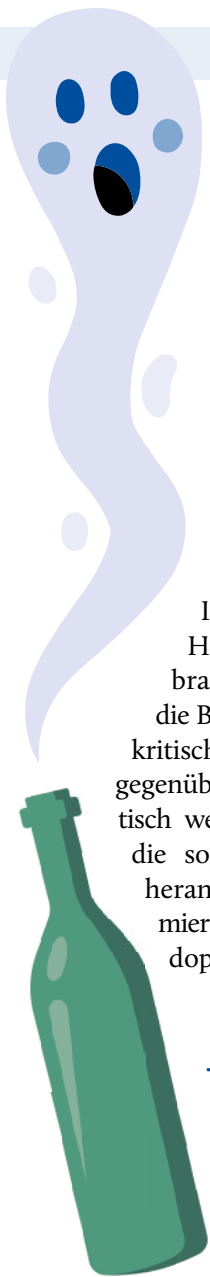
2020 kamen Covid und Lockdown, 2022 der Angriff Russlands auf die Ukraine, 1.200 jüdische Vertriebene suchten Schutz in Wien, wurden von der IKG betreut und versorgt. Die IKG sah es als moralische und humanitäre Pflicht, ihren Beitrag zu leisten und baute die Kooperationen mit der Volkshilfe und anderen Hilfsorganisationen aus.

Und dann kam der 7. Oktober 2023, das größte antisemitische Massaker seit der Schoa. Das Ausmaß und die Form der Gewalt haben alle Befürchtungen übertroffen. Nach der ersten Schockstarre traf

die Gemeinde eine mutige Entscheidung: Alle Veranstaltungen sollten stattfinden, intern wie extern, für die jüdische Gemeinde und auch für die ganze Stadt Wien, um ein Zeichen für selbstbewusstes jüdisches Leben und gegen Terror und Antisemitismus zu setzen. Das jüdische Leben sollte weitergehen. Mit hohem personellem und sicherheitstechnischem Aufwand hat die IKG gezeigt, dass sie verunsicherten Mitgliedern Unterstützung und Rückhalt bieten kann.

Mit Erschrecken musste man in weiterer Folge beobachten, wie anfängliche Empathie für die Opfer in blanken Antisemitismus umschlug. Auch jetzt, nach dem Waffenstillstand und der Freilassung bzw. Rückholung von Geiseln, verzeichnet die Gemeinde eine hohe Zahl antisemitischer Vorfälle, oft unter dem Deckmantel einer Kritik an der israelischen Regierung.

Die IKG orientiert sich bei der Bekämpfung des Antisemitismus an der national wie international breit



»Neben dem sich seit dem Terroranschlag in vielen Formen manifestierenden Antisemitismus kam jüngst eine weitere Facette hinzu: der sogenannte ›Ambient Antisemitism‹. «

anerkannten Arbeitsdefinition von Antisemitismus der IHRA (International Holocaust Remembrance Alliance¹⁾). Für die Beurteilung, ab wann kritische Positionierungen gegenüber Israel antisemitisch werden können, wird die sogenannte 3D-Regel herangezogen: Delegitimierung, Dämonisierung, doppelte Standards.

Johannan Edelman

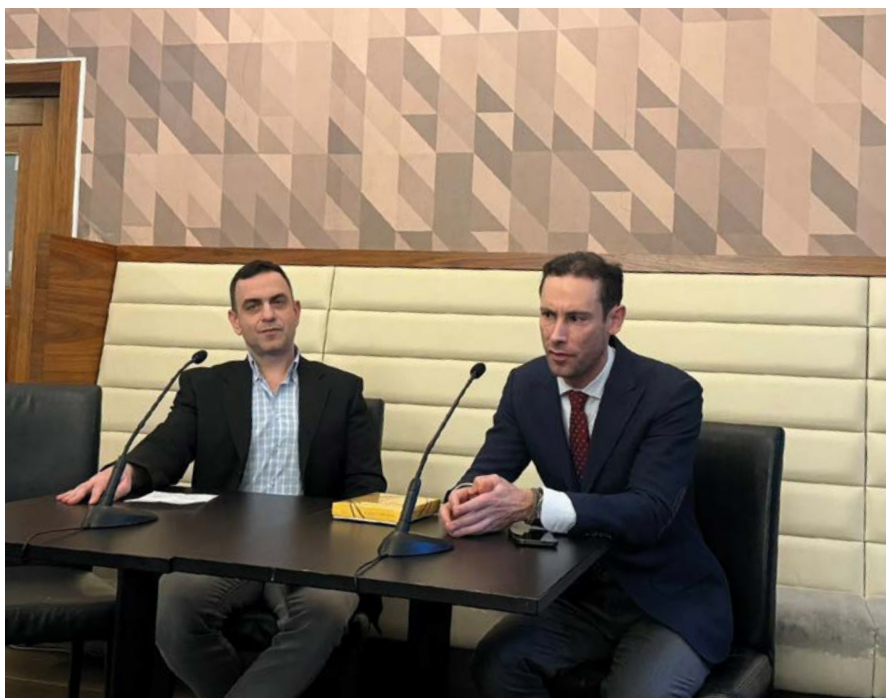
... ist seit mehr als 25 Jahren in der Antisemitismusbearbeitung tätig, seit der Gründung des »Forum gegen Antisemitismus« im Jahr 2000, einer damals rein ehrenamtlichen Organisation. Zu jener Zeit rückte der sogenannte »neue Antisemitismus«, der in Wahrheit bereits mehrere Jahrzehnte alt war, verstärkt in den Fokus: das Thema Israel und alles, was damit zusammenhängt. In den 2010er Jahren gewann diese Arbeit erheblich an Bedeutung. Die IKG stellte daher 2019 die Antisemitismusbearbeitung mit der Gründung der Meldestelle auf eine strukturell solide Basis. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meisterten in der Covid-Pandemie große organisatorische Herausforderungen. Bereits in dieser Zeit stieg die Zahl antisemitischer Vorfälle stark an, bevor sie ab dem

7. Oktober 2023 drastisch eskalierte. Noch am selben Abend kam es in vielen europäischen Hauptstädten, so auch in Wien, zu regelrechten Jubelfeiern. Auch in den sozialen Medien wurde das Massaker offen gefeiert.

Was mit der Thematik Vertraute erstaunte, war nicht das Ausmaß der Eskalation selbst, sondern dass die breitere Öffentlichkeit und Berichterstattung erst nach dem Anschlag erkannten, welche Dimensionen das Problem längst angenommen hatte, welche Akteure seit Jahren darauf hingearbeitet hatten und wie tief sich die Hassideologie bereits in den Köpfen festgesetzt hatte.

Neben dem sich seit dem Terroranschlag in vielen Formen manifes-

tierenden Antisemitismus kam jüngst eine weitere Facette hinzu: der sogenannte »Ambient Antisemitism«. Der Begriff beschreibt nicht einzelne Vorfälle, sondern ein Klima: die permanente, normalisierte Präsenz antisemitischer Narrative im persönlichen Umfeld, im Alltag, im öffentlichen und im digitalen Raum. Für Betroffene bedeutet das eine konstante Konfrontation mit beiläufiger Feindseligkeit, die so allgegenwärtig ist, dass oft ein Gewöhnungseffekt eintritt. Viele Betroffene melden einzelne Vorfälle nicht mehr, weil sie das Erlebte als »normal« einordnen oder schlicht nicht mehr die Kraft aufbringen, sich damit zu befassen. Dies stellt eine große Herausforderung für die Dokumentationsarbeit der Meldestelle dar.



Benjamin Nägele und Johannan Edelman, Foto: Peter Florianschütz

»Die Antisemitismus-Meldestelle ist in Österreich die zentrale Anlaufstelle für Betroffene, aber auch Zeuginnen und Zeugen antisemitischer Vorfälle.«

Die Antisemitismus-Meldestelle ist in Österreich die zentrale Anlaufstelle für Betroffene, aber auch Zeuginnen und Zeugen antisemitischer Vorfälle. Diese erhalten eine Erstberatung und Erstbetreuung in psychosozialen und rechtlichen Fragen. Des Weiteren verfügt die Meldestelle über ein dichtes Verweisberatungssystem, im Rahmen dessen Betroffene gegebenenfalls an spezialisierte Stellen weiterverwiesen werden. Die Meldestelle dokumentiert auch Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze, nach international anerkannten wissenschaftlichen Kriterien, auch in Abstimmung mit ENMA (European Network for Monitoring Antisemitism²⁾), einem Netzwerk europäischer Partnerorganisationen aus dem Bereich der Antisemitismussarbeit.

Die Statistiken zeigen, dass israelbezogener Antisemitismus rund 70 bis 80 Prozent aller Vorfälle ausmacht. Allerdings tritt er zuletzt in

mehr als drei Vierteln der Fälle gemeinsam mit mindestens einer weiteren Erscheinungsform auf, etwa in Verbindung mit Schoa-Relativierung oder Inversion: oftmals in Form von Vergleichen Israels mit dem NS-Regime, Gazas mit dem Warschauer Ghetto oder Netanjahus mit Hitler.

Edelmans Anliegen an die Mitglieder der ÖIG lautet daher: Melden Sie jeden antisemitischen Vorfall und jede antisemitische Wahrnehmung. Alles wird nach einer sorgfältigen Überprüfung dokumentiert und gegebenenfalls werden entsprechende Schritte eingeleitet. Denn auch ein Vorfall, der auf den ersten Blick juristisch nicht relevant erscheint, ist für die Erstellung eines Lagebilds und die Sensibilisierung von Gesellschaft und Politik von großer Bedeutung.

Diskussion

Nach dieser Präsentation entspannte sich eine rege Diskussion über die Ursprünge, die Varianten und die aktuelle Entwicklung des Phänomens Antisemitismus. Jede Ausdrucksform von Antisemitismus stellt eindeutig einen Angriff auf die Demokratie an sich dar, jede Manifestation muss dokumentiert werden – unabhängig vom juristischen Straftatbestand – damit er von der Wurzel her bekämpft werden kann.

Laut dem Lagebericht Hate Crime des Innenministeriums steht der Antisemitismus innerhalb der Kategorie »Religion« an erster Stelle der vorurteilsmotivierten Straftaten (BMI Hate Crime Bericht³⁾). Schon lange vor dem 7. Oktober haben Akteure unterschiedlicher Milieus eine Basis für die aktuelle antisemitische Stimmungslage geschaffen. Der »altbekannte« rechte Antisemitismus ist in Österreich seit jeher präsent. Doch auch der linke Antisemitismus hat eine lange Geschichte; seine israelbezogene Ausprägung reicht bis in die 1960er Jahre zurück (s. dazu Jean Améry: Der ehrbare Antisemitismus, Merkur 1976⁴⁾). Die Islamisten betreiben schon seit vor dem Umsturz im Iran 1979 umfangreiche Netzwerke und lassen sich das Milliarden an Erdöl-Dollars kosten. Trotzdem sind die Revolutionsgardien erst seit Jänner 2026 auf der EU-Liste terroristischer Organisationen geführt.

Ob aus dem radikalen Milieu oder unbewusst von Seiten der »Mehrheitsbevölkerung« werden Juden und Israel häufig gleichgesetzt. Fundierte Kritik an der israelischen Regierung – Israel ist ein demokratisches Land und Kritik an der Regierung zählt zum politischen Alltag! – hat nichts mit antisemitischen Übergriffen gemein. Leider immer wieder auftre-

Linksammlung

- 1) International Holocaust Remembrance Alliance <https://holocaustremembrance.com/>
- 2) ENMA (European Network for Monitoring Antisemitism <https://enma.eu/>)
- 3) BMI Hate Crime Bericht https://www.bmi.gv.at/magazin/2025_09_10/07_Hate_Crime_Bericht.aspx
- 4) Der ehrbare Antisemitismus, Merkur 1976
<https://www.merkur-zeitschrift.de/artikel/der-ehrbare-antisemitismus-a-mr-30-6-532/>
- 5) Yad-Vashem-zertifizierte Schulungsmethode
<https://www.demokratiewebstatt.at/thema/thema-holocaust-shoah/unterrichtsmaterialien-und-e-book>

tende Ereignisse wie z.B., dass ein Kindergartenkind mit Kippa beschimpft oder eine Person mit jüdisch klingendem Namen nicht im Taxi befördert wird, sind keine Kritik an der israelischen Regierung, sondern klar antisemitische Vorfälle. Diese traumatisieren die Betroffenen bzw. ihr Umfeld und sollten dokumentiert sowie im Sinne eines demokratischen Rechtssystems auf allen gesellschaftlichen Ebenen bekämpft werden.

Die mediale Verbreitung der »Genozid«-Vorwürfe stützt sich vielfach auf ungeprüfte oder gezielt verzerrte Darstellungen. Bestimmte Gruppen greifen diese Narrative auf und instrumentalisieren die Solidarität mit der palästinensischen Zivilbevölkerung, um einen bereits vorhandenen Antisemitismus offen auszuleben. Dieser äußert sich insbesondere in einschlägigen Parolen und auf Demonstrationen. Institutionen, oft im wissenschaftlichen und kulturellen Bereich, scheuen Konflikte mit diesen Gruppen und vermeiden in vorauseilendem Gehorsam präventiv den Austausch mit Kolleg*innen aus Israel. Israelische Wissenschaftler*innen und Künstler*innen bekommen schwerer Stipendien, Forschungsaufträge oder Verträge, als sie aufgrund ihrer fachlichen Qualifikation erwarten könnten. Dieser »Silent Boycott« schleicht sich subtil in das Bildungssystem ein und ist schwer zu fassen.

Wie schützt man die junge Generation? In den öffentlichen Schulen ist es ein »Antisemitismus ohne Juden«, jüdische Kinder gehen einstweilen meist in jüdische Schulen, wahre Hochsicherheitsburgen. Lehrer*innen suchen händeringend nach Unterstützung, weil Influencer ihren Schüler*innen über allgegenwärtige Social Media lange vor der



Foto: Peter Florianschütz

Volljährigkeit antisemitische Inhalte flüstern. Eine Möglichkeit der Hilfe bietet die im Parlament erarbeitete Yad-Vashem-zertifizierte Schulungsmethode⁵⁾.

In Österreich gibt es eine sehr gute Zusammenarbeit zwischen Behörden und IKG. Es gibt Schulungen für Polizist*innen, die IKG wird von Entscheidungsträgern als enger Partner gesehen, es gibt Förderungen für die Meldestelle und für Studien. Die IKG wünscht sich in diesem Sinne auch eine gute Zusammenarbeit mit der ÖIG.

Es reicht nicht, den Geist wieder in die Flasche zu stopfen. Man muss ihn erkennen und auflösen!

Von Peter Florianschütz

Das Vermächtnis – Der 7. Oktober im Fokus von 2.000 Jahren Antisemitismus

Am 7. Oktober 2023 wurde von der Terrororganisation HAMAS das größte Verbrechen am jüdischen Volk seit der Shoa begangen. Zum Verständnis dazu ist es wichtig zu sehen, dass an diesem Massaker auch weite Teile der palästinensischen Zivilbevölkerung direkt oder indirekt beteiligt waren. Auf über 560 Seiten versucht die Autorin zu zeigen, dass die Gewalt dieses Tages als Teil einer historischen Kontinuität des Judenhasses, die von der Antike bis in die Gegenwart reicht verstanden werden kann. Die zentrale These des Werkes lautet, dass es sich nicht um ein isoliertes politisches Ereignis handelt, sondern um einen Teil einer langen Geschichte antisemitischer Ideologien und Gewaltformen.

Der 7. Oktober als Zäsur

Die entscheidenden Kapitel des Buches widmen sich den Ereignissen des 7. Oktober selbst. Die Darstellung beschreibt die Brutalität der Angriffe auf israelische Zivilisten und ordnet sie politisch wie moralisch ein. Dabei wird argumentiert, dass der Angriff nicht nur eine sicher-

heitspolitische Herausforderung für Israel darstellt, sondern auch ein Symbol für die fortdauernde Bedrohung jüdischen Lebens weltweit. Besonders eindringlich ist die Analyse der internationalen Reaktionen. Das Buch diskutiert, wie antisemitische Narrative in Teilen der globalen Öffentlichkeit erneut sichtbar wurden – etwa in der Relativierung der Gewalt oder in der Umdeutung der Ereignisse. Im Buch gibt es eine Fülle von Verweisen und Bildmaterial zu den Ereignissen des 7. Oktobers.

»Das Vermächtnis – Der 7. Oktober im Fokus von 2.000 Jahren Antisemitismus« ist ein engagiertes und nachdenkliches Buch, das versucht, ein traumatisches Ereignis der Gegenwart in eine lange historische Perspektive zu stellen. Es erinnert daran, dass die Geschichte des Antisemitismus kein abgeschlossenes Kapitel ist, sondern weiterhin politische und gesellschaftliche Realität prägt.

Gerade deshalb ist das Buch nicht nur eine Analyse der Vergangenheit, sondern auch ein Appell zur Wach-



Maria Klose:
**Das Vermächtnis –
Der 7. Oktober im Fokus von
2.000 Jahren Antisemitismus**

BoD 2025, 568 Seiten
ISBN 978-3-8192-0764-8
€ 26,90

samkeit gegenüber alten und neuen Formen des Judenhasses. Das Buch ist eine wichtige Grundlage im Diskursprozess der nach dem 7. Oktober mit sogenannten Kontextualisierungen und Relativierungen immer stärker begonnen hat!

Kündigungsgrund »Nichtarier«

Das Buch »Kündigungsgrund: Nichtarier« von Herbert Exenberger, Johann Koß und Brigitte Ungar-Klain ist eine berührende historische Untersuchung über die systematische Vertreibung jüdischer Mieter*innen aus einem Herzstück der Wiener kommunalen Sozialpolitik – den Gemeindebauten – während der na-

tionalsozialistischen Herrschaft. Es zeigt anhand zahlreicher Dokumente und Einzelfälle, wie Antisemitismus in bürokratische Praxis übersetzt wurde und wie scheinbar nüchterne Verwaltungsakte zu Instrumenten staatlicher Verfolgung wurden. Die Autorinnen und Autoren zeigen überzeugend, dass die

Diskriminierung nicht nur von der politischen Führung ausging, sondern durch Verwaltungen, Unternehmen und Institutionen aktiv umgesetzt wurde. Personalakten, Kündigungsschreiben und interne Korrespondenzen offenbaren, wie schnell sich antisemitische Gesetzgebung in alltägliche administrative

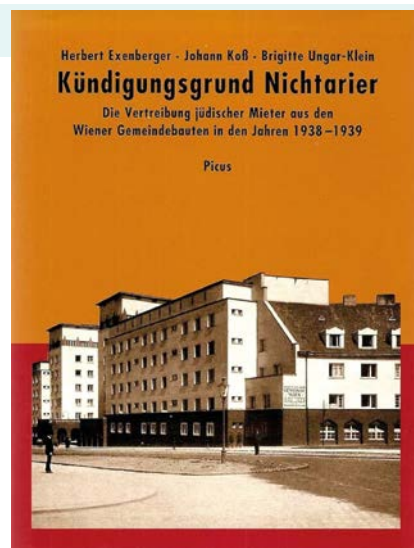
Abläufe integrierte. Antisemitismus in der Praxis stellt sich nicht als ein abgehobenes Phänomen sondern als ein integraler Bestandteil der österreichischen Gesellschaft im Nationalsozialismus dar.

Individuelle Schicksale hinter den Akten

Eine besondere Stärke des Buches liegt darin, dass es die trockene Sprache der Akten mit den biografischen Folgen für die Betroffenen verbindet. Hinter jedem Dokument steht ein persönliches Schicksal: Wissenschaftler, Beamte, Angestellte oder Arbeiter, deren berufliche Existenz innerhalb weniger Wochen zerstört wurde. Das Buch überzeugt durch seine dichte Quellen-

basis, klare Analyse und moralische Dringlichkeit. Das Werk verbindet sozial- und verwaltungsgeschichtliche Perspektiven mit einer sensiblen Darstellung individueller Lebenswege. Es richtet sich sowohl an historisch interessierte Leserinnen und Leser als auch an Forschende, die sich mit Antisemitismus, NS-Verwaltungsgeschichte oder der Geschichte von Arbeit und Recht beschäftigen.

Gerade in einer Zeit, in der Fragen von Erinnerungskultur und institutioneller Verantwortung erneut diskutiert werden, zeigt dieses Buch eindrucksvoll, wie schnell Diskriminierung in scheinbar routinierte Verwaltungsprozesse übersetzt werden kann.



Herbert Exenberger, Johann Koss, Brigitte Ungar-Klein:
Kündigungsgrund Nichtarier: Die Vertreibung jüdischer Mieter aus den Wiener Gemeindebauten in den Jahren 1938-1939

Picus Verlag Ges. mbH, 1996
ISBN 978-3-8545-2292-8

Licht, Luft und Schatten

Das Buch »Licht, Luft und Schatten« widmet sich einem zentralen Leitmotiv der modernen Stadt- und Architekturgeschichte: dem Versuch, durch Planung und Gestaltung bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Der Titel greift dabei eine Formel auf, die zum programmatischen Schlagwort der Reformbewegungen wurde. »Licht und Luft« standen für Hygiene, Gesundheit und soziale Verbesserung – während der »Schatten« sowohl die baulichen als auch die gesellschaftlichen Probleme der modernen Stadt bezeichnet.

Thematisch ist das Buch eine Weiterführung des Werkes Kündigungsgrund Nichtarier, das sich ebenfalls mit dem Spannungsfeld zwischen der sozialreformerischen Idee des Gemeindebauprogrammes und der Verkehrung genau dieser Ziele durch die Einbindung zuerst in die Gesellschaft des Austrofaschismus und als Steigerung in die Rassenideologie des Nationalsozialismus.

Im Mittelpunkt des Buches steht auch die Idee, dass Architektur und Stadtplanung weit mehr sind als technische Disziplinen. Sie spiegeln politische, soziale und kulturelle Vorstellungen ihrer Zeit. Das Buch zeigt aber auch und gerade die Schattenseiten einer Dialektik der Aufklärung, in der ohne moralischen Kompass entsprechend abstrakter Verwaltung nach ideologischen Vorgaben agiert wird. Gerade dadurch entwickelt sich der Fokus auf die persönlichen Schicksale und Lebenswirklichkeiten von vielen Wiener*innen, die zu Opfern wurden. Wichtig dabei sind die einleitenden Worte von Bürgermeister Dr. Michael Ludwig, von Vizebürgermeisterin Kathrin Gaal und von der Direktorin von Wiener Wohnen Karin Ramser. Damit wird die Verantwortung sowohl der Verwaltung als auch besonders der Politik für die geschichtlichen Ereignisse und Verbrechen und dafür, dass sie sich nicht wiederholen dürfen, klargestellt.



Claudia Kuretsidis:
Licht, Luft und Schatten - Wiener Gemeindebauten im Austrofaschismus und Nationalsozialismus
böhlau 2026 440 Seiten
ISBN 978-3-205-22312-2

Licht, Luft und Schatten ist ein sachlich und wissenschaftlich bestimmtes Buch aber auch ein gelungener Versuch auf verantwortungsvoller und emphatischer Weise mit der Vergangenheit umzugehen.

Von Bettina Müller

JERUSALEM QUARTET – MUSIK!

Am 18 Februar trat das Jerusalem Quartet wieder in Wien auf. Der Abend war – noch vor dem Ausbruch des Kriegs mit dem Iran – ausschließlich der Musik gewidmet. Und die war wunderbar.

Es gab wahrlich »strahlend« Haydns Strichquartett B-Dur, Hob.II/78, den »Sonnenaufgang«, gefolgt von Leoš Janáčeks Kreuzersonate. Diese beschreibt die falsche Idylle der Ehe von Janáčeks Angebeteter Kamila Stösslová-Neumannová, das Stück ging in der Interpretation von Alexander Pavlovsky und Sergei Bresler (Violine), Alexander Gordon (Viola)

und Kyril Zlotnikov (Violoncello) wirklich unter die Haut. Nach der Pause Streichquartett F-Dur von Maurice Ravel. Die einzelnen Stimmen der Instrumente klar zu erkennen in spannendem Zusammenspiel. Und als Zugabe mit der Ankündigung: »In Wien muss man Beethoven spielen!« die Cavatina aus dem Opus 130 von Ludwig van Beethoven. Es gab viel Applaus und Bravo-Rufe. Nach eigener Aussage genießen es die vier Musiker aus Isarael in Wien aufzutreten. Danken wir dem Wiener Konzerthaus, dass es diese großartigen Musiker immer wieder einlädt und freuen wir uns auf ihren nächsten Auftritt!

SCHWACHES LEUCHTEN IM ALL

Im Weltall gibt es extrem kalte, schlecht lichtdurchlässige Gaswolken. Forscher vermuten, dass in ihnen Sterne und Planeten entstehen könnten. Ein internationales Team unter der Leitung des Technion Israel Institute of Technology hat mit Hilfe des James-Webb-Weltraumteleskops in der Wolke Barnard 68 rund 500 Lichtjahre von der Erde entfernt im Sternbild Schlangenträger Hinweise darauf gefunden. Das sehr lichtempfindliche Teleskop zeigte ein Spektrum mit drei zarten Licht-

linien, ein Zeichen für Wasserstoff, der durch nicht sichtbare allgegenwärtige kosmische Strahlung Energie aufnimmt und unter Emission von (messbarem) Licht teilweise – und das ist entscheidend! – wieder abgibt. Die Frage ist: was passiert mit der aufgenommenen Energie? Die Wolke enthält noch andere Elemente, die Temperatur ändert sich, Moleküle und Magnetfelder entstehen. Diese Energie könnte der Motor für chemische Transformationen der Gaswolke bis hin zur Entstehung von Sternen sein. Originalpublikation: Nature Astronomy <https://doi.org/10.1038/s41550-025-02771-9>

WORLD HAPPINESS REPORT: TROTZ TERROR – ISRAEL UNTER DEN ERSTEN ZEHN

Alle paar Jahre erforscht das University of Oxford Wellbeing Research Centre das weltweite Glück. Bewertet wurden wirtschaftliche Stabilität, gesunde Lebenserwartung, sozialer Rückhalt in der Gesellschaft und durch den Staat garantierte Netzwerke, Entscheidungsfreiheit, Großzügigkeit und Korruptionsbekämpfung für die Jahre 2023-2025. Die Israelis sind mit Platz Acht trotz aller Sorgen wesentlich glücklicher als z.B. die Österreicher mit Platz 19.

Israel verdankt seine hohe Position in diesem Ranking vor allem seiner Jugend. Befragte man diese allein, hätte das Land den dritten Platz, also eine »Bronzemedaille« in dieser Weltmeisterschaft. Am letzten Platz in der Liste rangiert Afghanistan, vor allem auch wegen seiner Frauenfeindlichkeit. Der Report spiegelt allerdings (noch) nicht die konstant steigende psychische Belastung durch den Krieg wider. Auch nahm das Misstrauen gegenüber der Korruption seit der einer Vergleichsuntersuchung von 2013 deutlich zu. Dies sollte den Parteien in einem Wahljahr zu denken geben. ¹ <https://files.worldhappiness.report/WHR26.pdf>

¹ Helliwell, J. F., Layard, R., Sachs, J. D., De Neve, J.-E., Aknin, L. B., & Wang, S. (Eds.). (2026). World Happiness Report 2026. University of Oxford: Wellbeing Research Centre.

AUSSTELLUNG RUTH MAIER

Die Wiener Jüdin Ruth Maier musste 1938 schon als Schulkind Wien verlassen und flüchtet nach Norwegen. Dort macht sie die Matura und freundet sich mit der späteren Dichterin Gunvor Hofmo an. 1942 überfallen die Nazis Norwegen und sie wird von der Marionettenregierung unter Vidkun Quisling an die Nazis abgeschoben, die sie in Auschwitz ermorden. Sie hinterließ Tagebücher und Briefe, die von Gunvor Hofmo und Überlebenden ihrer Familie gesammelt und 2007 vom norwegischen Dichter und Musiker Jan Erik Vold herausgegeben wurden. Sie zählen zum UNESCO-Weltdokumentenerbe.

Die Wiener Volkshochschulen, Geschäftsbereich »Initiative Erwachsenenbildung (IEB)«, der Verband österreichischer Volkshochschulen und das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands (DÖW) haben die Ausstellung im Team mit Deutsch Lernenden in Einfacher Sprache aufgearbeitet. Daneben bieten sie Workshops für Schüler*innen zur Geschichte des Holocaust und Bezügen zu Fluchterfahrungen der betroffenen in der Gegenwart an.

Die Ausstellung ist bis Jänner 2027 im Institut für Freizeitpädagogik WIENXTRA; Albertgasse 35/II, 1080 Wien zu sehen. <https://wienxtra.at/event/4112/>

SPENDENAUFBRUF MAGEN DAVID ADOM (MDA)

35.000 Freiwillige und 3.200 Mitarbeiter der israelischen Rettungsorganisation MDA sind derzeit im Dauereinsatz, 2.400 Fahrzeuge bringen Verletzte auch in Spitäler, die in entlegenen Gegenden spontan improvisiert werden müssen. Jeder Tag im Kriegszustand kostet die Organisation drei Millionen NIS. Neue Ausrüstung, Nachschub an Verbandmaterial und Medikamenten werden dringend gebraucht. MDA bittet alle Freund*innen Israels um Unterstützung für lebensrettende Notfallausrüstung:

- Professionelles Rettungsdienst-/Motorrad-Set: 11.000 NIS
- Rettungswagen-Trauma-Set: 18.000 NIS
- Mobiles Intensivpflege-Trauma-Set (MICU): 30.000 NIS
- Test-Set für 1.000 Blutkonserven: 48.000 NIS
- Medizinische Ausrüstung für Krankenwagen: 120.000 NIS
- Medizinische Ausrüstung für MICU: 180.000 NIS
- Komplette medizinische und technische Ausrüstung für MICU/Hubschrauber: 250.000 NIS

Jeder Betrag hilft: <https://www.ifmda.org.il/>

SELTEN, ABER SCHMERZHAFT! COALITION OF RARE DISEASES IN ISRAEL HILFT!

Zynisch gesprochen: Wenn eine Krankheit weniger als einen Patienten von 10.000 betrifft, rechnet sich dann der Forschungsaufwand? Ja, auf alle Fälle! Der Dachverband »Coalition for Rare Diseases« lässt medizinische Minderheiten nicht im Stich. Sie werden landesweit erfasst und alle Symptome und Behandlungsformen in ein zentrales Register eingetragen. Die Daten können dann zu Krankheitsgruppen zusammengefasst werden. In spezialisierten Behandlungszentren, in denen das Personal über das spezifische Fachwissen verfügt, können die Patient*innen individuell behandelt werden.

Der Verband reicht auch Gesetzesanträge ein, die die Politik verpflichten, auch diesen Patient*innen ein Recht auf Behandlung zu garantieren. Das Konzept wurde am Sheba Medical Center in Israel entwickelt und mittlerweile weltweit von Kliniken aufgegriffen. Die Datenbanken werden so angelegt, dass medizinisches Personal zu den anonymisierten Daten Zugang hat und die Forschungsergebnisse auch international im Sinne der Patient*innen genutzt werden können.

<https://rdisrael.org.il/english>



Bürgermeister Michael Ludwig, Kurt Hengl, Peter Florianschütz und IKG-Präsident Oskar Deutsch am Jüdischen Straßenfest 2024, Foto: ÖIG

Die ÖIG am Jüdischen Straßenfest 14. Juni 2026 am Wiener Judenplatz

Wer mehr über die Aktivitäten der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft erfahren und die Vorstandsmitglieder persönlich treffen möchte ist herzlich eingeladen, die ÖIG am Infostand zu besuchen! Das diesjährige Straßenfest findet am 14. Juni 2026 am Wiener Judenplatz statt. Der Eintritt ist frei, für den Zutritt wird ein Lichtbildausweis benötigt.

Nach einem Jahr Pause findet das Festival wieder wie seit vielen Jahren im Juni am Judenplatz statt. Über 6000 Besucherinnen und Besucher finden sich mittlerweile jährlich zu diesem Event ein. Neben zahlreichen Info- und Verkaufsständen rund um jüdisches Leben, gibt es neben Bühnenprogramm mit Musik und Tanz auch Angebote für Kinder, wie eine Hüpfburg und Kinderschminken. Natürlich ist auch für koschere Kulinarik gesorgt.

Die Stände

Dutzende jüdische Vereine und Institutionen geben an den Festivalständen Einblick in ihr Schaffen. Darunter Jugend- und Charityvereine, Stände der einzelnen Abteilungen der Israelitischen Kultusgemeinde Wien und viele andere. Außerdem stellen zahlreiche jüdische

KünstlerInnen und DesignerInnen ihre Kunstobjekte aus, darunter Kunsthandwerk, Schmuck, Judaica, Pop Art und vieles mehr – bei Gefallen kann dies natürlich erworben werden.

Kulinarik

Für das leibliche Wohl ist gesorgt.

Von Deftig bis süß, entdecken Sie die koschere Küche!

Programm

Bühnenshows, Livemusik, Kinderprogramm und jüdischer Volkstanz

<https://www.ikg-wien.at/das-juedische-strassenfest>



ÖSTERREICHISCH-
ISRAELISCHE GESELLSCHAFT
חברה אוסטריה-ישראל

60 Jahre Israel, 50 Jahre in Begleitung Österreichs

Von

Kurt Hengl

Vor 60 Jahren machten die mutigen Gründungsväter Israels den Jahrtausende alten Traum von der Rückkehr in die historische Heimat wahr; bloß ein halbes Jahrhundert zuvor hatte Theodor Zeev Herzl aus Wien visionär die Realisierbarkeit dieses Traumes vorgezeichnet und eine ganze jüdische Generation mit neuer Energie erfüllt.

2006 feierten Österreich und Israel mit vielen festlichen Veranstaltungen das Bestehen diplomatischer Beziehungen seit 1956, denn seit damals beobachtet und begleitet unser Land Aufbau und Fortschritt dieses aufblühenden Staatswesens. Aus diesem Anlass stelle ich mich, ehemaliger langjähriger Botschafter in Israel, als Gratulant ein und möchte für die Leser des SHALOM einige Entwicklungen der bilateralen Beziehungen, vor allem der jüngeren Zeit und aus persönlicher Erinnerung, aufzeigen und auf Erreichtes hinweisen.

Die beiderseitigen politischen Interessen und Bezugspunkte waren anfangs relativ gering, beide Staaten waren mit ihrem (Wieder)aufbau beschäftigt, und interne Probleme dominierten auch die österreichische Szene. Durch die Moskauer Deklaration von 1943, etwas engherzig ausgelegt, und die Entfertigungserklärung der Jewish Agency unter Dr. Nahum Goldmann bestätigt, hatte die Aufarbeitung der Vergangenheit und damit die Obsorge um die restlose Entschädigung jüdischer Opfer eine eher untergeordnete Rolle gespielt, damit auch als Gesprächsthema mit der israelischen Regierung. Auch ist anzumerken, dass aus Österreich relativ wenige der jüdischen Emigranten (vor 1938) und Flüchtlinge, etwa 9000, den Weg in das damalige Mandatsgebiet Palästina gefunden hatten, sondern sich in aller Welt zerstreuten. Daher war und ist die Zahl und das politische Gewicht der Österreicher in Israel äußerst gering, verglichen mit den jeweils Hunderttausenden aus osteuropäischen Staaten. Um ein Vielfaches größer ist noch immer die Zahl der „Herzensösterreicher“, deren Vorfahren aus den östlichen Teilen der Monarchie stammen.

Diese Frage jüdischer finanzieller Entschädigungen war auch in offiziellen israelischen Kreisen kein prioritäres Thema, sondern blieb noch für Jahrzehnte eine Domäne nichtstaatlicher Organisationen. Noch im Jahr 1993, als Bundeskanzler Vranitzky Premier Rabin über österreichische Leistungen unterrichtete, erwiderte dieser nur kurz: „Was immer Sie für die Opfer tun, ist gut“. Die engagierte Außenpolitik des österreichischen Sonnenkönigs Bruno Kreisky (Kanzler 1970 – 83) brachte erstmals die beiden Staaten auf Konfrontationskurs, obwohl die großen Leistungen Österreichs für den Transit sowjetischer Juden nach Israel unbestritten waren. Golda Meir konnte im Oktober 1973, knapp vor dem Ausbruch des Yom Kippurkrieges, Kreisky nicht von seiner Entscheidung abbringen, das Durchgangslager Schönau zu schließen; wiewohl



*Bundeskanzler Dr. Alfred
Gusenbauer und Botschafter Dr.
Kurt Hengl*

die „story“ rings um ein nicht angebotenes Glas Wasser wohl gut erfunden ist, ist sie doch noch immer im Gedächtnis erstaunlich vieler Israelis verhaftet. Die Anerkennung der PLO durch Österreich im Jahr 1980 und Kreiskys Geringschätzung der Likudregierung Menachem Begin (bis 1983) ließen die Beziehungen zwischen beiden Ländern erstarren.

Die allgemeine Erwartung einer fühlbaren Verbesserung des Gesprächsklimas nach dem politischen Abgang Kreiskys erfüllte sich nicht: Die nächste längere Krise der offiziellen Beziehungen wurde durch die totale Ablehnung des ab 1986 neuen österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim wegen seiner verschwiegenen Kriegsvergangenheit hervorgerufen – Israel ließ den Botschafterposten in Wien unbesetzt, während der österreichische Botschafter in Israel, Dr. Pleinert, entgegen dem Wunsch Waldheims noch längere Zeit in Israel verblieb und schließlich sogar als Dienstältester zum Doyen des lokalen Diplomatischen Corps aufstieg. Als seinen Nachfolger entsandte Österreich 1990, den internationalen Gepflogenheiten der Reziprozität entsprechend, als bloß interimistischen Geschäftsträger den Verfasser, mit dem klaren Auftrag, als Repräsentant der „beleidigten“ Nation bloß Flagge zu zeigen, jedoch keinerlei Aktivitäten zu entfalten... Auf den für die österreichische Gesellschaft heilsamen Schock über die sich plötzlich als noch immer nicht bewältigt erkannte Vergangenheit und auf die zahlreichen Studien, Forschungen und Maßnahmen für ein neues und differenzierteres Verständnis der Naziperiode in Österreich wollen wir hier nicht eingehen, doch ebneten entsprechende Erklärungen von Bundeskanzler Vranitzky vor dem österreichischen Parlament und im Juni 1993 an der Hebräischen Universität auf dem Skopusberg den Weg für eine völlige Versöhnung seitens Israels („Österreich war das erste Opfer Hitlers, jedoch trägt angesichts zahlreicher österreichischer Mitläufer und Schergen in Nazidiensten das heutige Österreich eine Mitverantwortung“).

Schon im Juni 1991 hatte der damalige Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten, Thomas Klestil, in einer nicht unumstrittenen Reise nach Jerusalem wohl die Missachtung des österreichischen Staatsoberhauptes Waldheim als inakzeptabel bezeichnet, jedoch gleichzeitig signalisiert, man müsse ja nicht „Rücken an Rücken“ verweilen, sondern könne doch Themen von beiderseitigem Interesse erörtern. Mit dieser Reise und seinem Ratschlag an Waldheim, sich keiner Wiederwahl zu stellen, legte Klestil eine wichtige Stufe zu seinem eigenen Wahlsieg 1992; anlässlich des ersten Staatsbesuches eines österreichischen Bundespräsidenten in Israel konnte er 1994 mit seiner Rede vor der Knesset symbolisch eine neue Ära der bilateralen Beziehungen einleiten. Im Juni 1992 wurden auch die beiden Geschäftsträger, Peter Aran und der Verfasser, vereinbarungsgemäß in den Rang von Botschaftern erhoben.

In dieser Zeit erfreute sich Israel auch einer kurzen friedlichen Periode nach den Osloer Abkommen vom September 1993, welche mit der wechselseitigen Anerkennung von Israel und der PLO eine Wende im Nahostkonflikt erhoffen ließen. Doch die Jahrtausendwende brachte einen herben Rückschlag der Friedensbemühungen, zuletzt von Camp David, mit dem Beginn der 2. Intifada, die auf Jahre hinaus Israel wieder in den Brennpunkt des Weltinteresses rücken sollte. Das Aufflammen von Terror und Gewalt hatte auch sofortige und nachhaltige Auswirkungen auf den regionalen Tourismus, wie auch auf die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen Israels mit vielen befreundeten Staaten, Österreich nicht ausgenommen.

In den bilateralen Beziehungen war zwischenzeitlich in der Gestalt des Kärntner Landeshauptmannes Jörg Haider und seiner Freiheitlichen Partei ein neuerlicher Reibebaum aus dem Boden gewachsen. Er persönlich, dem manche unklugen Äußerungen als antisemitisch vorgeworfen wurden, gehörte nicht der Regierungskoalition mit der ÖVP an, doch war die Berücksichtigung einiger Minister aus seiner - für viele als rechtsextrem geltenden - FPÖ für manche Staaten aus der EU

Grund genug, ihre diplomatischen und politischen Beziehungen zu Österreich einzufrieren. Israel versetzte kurzerhand seinen Botschafter und beließ die Leitung der Mission in den Händen eines niederrangigen Geschäftsträgers, für den diese eher undankbare Aufgabe des Stillesitzens alles andere als befriedigend war. Im Gegensatz zu EU-Staaten und Israel bewahrte die amerikanische Diplomatie ruhigen Kopf und sandte ihren Vertreter nach kurzen Konsultationen in Washington wieder nach Wien zurück. Dank des umfassenden und tiefschürfenden Weisenberichts vom September 2000, der die FPÖ als rechtspopulistische Partei mit radikalen Elementen und teils rechtsnationaler Gefolgschaft charakterisierte, sie jedoch weder neonazistischer noch antisemitischer Tendenzen beschuldigte, gaben die diversen EU-Staaten teils zögernd, teils erleichtert, ihre Sanktionen gegen Österreich wieder auf. Unser deutscher Freund Joschka Fischer erklärte später locker jovial, die Sanktionen seien ja kaum ernst gemeint, vieles einfach seiner Berliner Schnauze zuzuschreiben gewesen. Auch aus Paris hörte man Töne, dass die französischen Sanktionen, die von der österreichischen Öffentlichkeit mit besonderem Missmut verzeichnet worden waren, ja nichts an der traditionell guten Zusammenarbeit geändert haben... Nur Israel unter dem Hardliner David Levy sowie nachfolgenden Kurzzeit-Außenministern, wie Shimon Peres und Bibi Netanjahu, versäumte diese Chance, ohne jegliche Preisgabe seiner Prinzipien mit Österreich wieder normale, unter westlichen demokratischen Staaten übliche Beziehungen zu reetablieren, sondern blieb bei seiner Ablehnungshaltung. Der damalige österreichische Botschafter Wolfgang Paul bemühte sich redlich, durch diskrete Aufklärungsarbeit und Einladung zu offenem Dialog die israelischen Meinungsbildner umzustimmen - einige waren jedoch noch lange nicht bereit, aus dem Weisenbericht und der fortwährenden politischen Praxis der österreichischen Regierung, wie der Gründung des Nationalfonds 1995 und der Verabschiedung eines beispielhaften Kunstrestitutionsgesetzes, versöhnliche Schlüsse zu ziehen. Als die routinemäßige Ablöse von Botschafter Paul anstand, entschied Bundeskanzler Schüssel persönlich, dass wir nicht nochmals dem israelischen Beispiel einer Niederstufung der diplomatischen Beziehungen und damit einer sehr eingeschränkten Aktionsmöglichkeit folgen würden, sondern im Gegenteil durch die Entsendung eines Botschafters demonstrativ das österreichische Interesse an Verbesserung und Normalisierung des Dialogs auf politischer Ebene signalisieren wollen. Der Verfasser dieses Artikels wurde, nicht zuletzt in Hinblick auf seine ähnliche Mission zu Ende der Waldheim-Ära, mit dieser Funktion betraut - es galt wieder, geduldig und verständnisvoll den israelischen Entscheidungsträgern die durchwegs Israel freundlich gesonnene Außenpolitik Österreichs sowie seine beachtlichen Bemühungen auf dem Gebiet der Entschädigung und Sühne gegenüber jüdischen und anderen Opfern des Naziregimes näher zu bringen. Nicht weniger gewichtig war das österreichische entschlossene Engagement im europäischen Kampf gegen Ansätze von Neonazismus und Rassismus sowie für die Erziehung der Jugend zu Toleranz und Verständnis der Shoa. Diese Bemühungen trugen dazu bei, bei israelischen Stellen eine Revision der Bedeutung Österreichs durchzuführen: Bibi Netanjahu war wohl dazu bereit, konnte sich aber in seinem Ressort nicht durchsetzen. Sein Nachfolger ab Februar 2003, Silvan Shalom, übernahm das Ressort in der tiefen Überzeugung, dass sich die Beziehungen Israels nicht auf die USA allein konzentrieren dürften, sondern Europa, vornehmlich die Mitgliedstaaten der EU, so nahe in geopolitischer, kultureller und ethnischer Hinsicht und so dominant in der wirtschaftlichen Verflechtung, als zweites Standbein intensiver gepflegt werden will. Durch Silvan Shaloms Berufung wurde daher auch die Normalisierung mit Österreich wieder zu einem Anliegen der israelischen Außenpolitik. Als sich der neue Minister dem diplomatischen Corps vorstellte und an die Staatengemeinschaft appellierte, alles daran zu setzen, damit Jordanien und Ägypten, zu dieser Zeit wegen der Intifada in Tel Aviv nur durch Geschäftsträger vertreten, wieder zu den selbstverständlichen internationalen Usancen zurückgebracht werden mögen, hatte der österreichische Geschäftsträger mit seiner Wortmeldung, auch Israel möge sich dieser Usancen gegenüber dem befreundeten Österreich bedienen, die

Lacher, inklusive Shalom selbst, auf seiner Seite. Wenige Monate später beschloss Ministerin Ferrero-Waldner, initiativ "in der Höhle des Löwen", in Israel selbst, die Frage der politischen Beziehungen anzusprechen. Zur allgemeinen Erleichterung erklärte die israelische Seite unisono, dank der gegenwärtigen guten Atmosphäre gäbe es keinen Grund (mehr), die politischen Kontakte nicht wieder zu normalisieren; nach längeren israel-internen Diskussionen konnte Avraham Toledo anfangs 2004 sein Beglaubigungsschreiben als Botschafter überreichen. Seit dieser nunmehr auch formalen Bestätigung der guten zwischenstaatlichen Beziehungen setzte eine bis heute andauernde sehr erfreuliche Entwicklung herzlicher und vertrauensvoller Kontakte ein: Ein durchaus skeptischer Knessetpräsident Reuven Rivlin, der den Verfasser noch wenige Tage vor seinem fact-finding Besuch in Wien gefragt hatte, wie viele neonazistische Abgeordnete im österreichischen Parlament säßen, gab kurz nach seinem Empfang durch Nationalratspräsident Prof. Khol (und der Mitteilung, das Parlament beschließe soeben eine Novelle zur weiteren Entschädigung österreichischer jüdischer Opfer) ein überschwänglich positives Interview über die Haltung Österreichs zu Israel. Im Oktober 2004 folgte der - historisch bedeutsame - erste (!) Staatsbesuch eines israelischen Präsidenten in Österreich, dies als Gegenbesuch zu Bundespräsident Klestil's Reise nach Jerusalem zehn Jahre zuvor.

Der Sozialdemokrat Dr. Fischer konnte mit dem betont rechtsnationalen Moshe Katsav eine Vertrauensbasis schaffen und ihn von der Redlichkeit der österreichischen Bemühungen überzeugen. Ein denkwürdiger Besuch des KZ Mauthausen vereinte die beiden Staatsoberhäupter an dem Ort, der unauslöschlich an die Mitverantwortung der österreichischen Nation für die Gräueltaten der Naziherrschaft in Österreich mahnt. Erfreulicherweise ist noch für das Jahr 2008 ein Gegenbesuch von Bundespräsident Dr. Fischer bei seinem seit Juli 2007 neuen Amtskollegen, Nobelpreisträger Shimon Peres, vorgesehen. Wie bedeutsam persönliche Kontakte für die Vertiefung politischer Beziehungen sind, beweist das ausgezeichnete Verhältnis, welches unsere gegenwärtige Außenministerin, Dr. Ursula Plassnik, mit ihrer kompetent aufgestiegenen israelischen Kollegin Tzipi Livni, pflegt. Diese bescheinigt der österreichischen Außenpolitik eine positive und konstruktive Haltung im Nahostkonflikt - Österreich sei auch israelischen Positionen gegenüber aufgeschlossen und zähle zu den echten Freunden im EU-Konzert. Ministerin Plassnik ergriff auch die Initiative, Frauen in führenden politischen Positionen aus vom Nahostkonflikt betroffenen Ländern nach Wien zu einem networking einzuladen: Tzipi Livni, gegenwärtig auch Chefunterhändlerin mit der Palästinensischen Behörde, traf hier neben Condoleezza Rice erstmalig einige hochrangige palästinensische Politikerinnen. Durch solche Initiativen zeigt Österreich, wie auch durch die humanitäre Hilfe für die palästinensische Bevölkerung, dass europäische Bemühungen um eine verhandelte Entschärfung und Regelung des israeli-palästinensischen Problems durchaus auch im Interesse Israels liegen, was von Israel im wachsenden Maß auch verstanden und als ehrliche Absicht von Freunden gewertet wird. Wurde nicht spät, aber doch, selbst die These Kreiskys über die fundamentale Rolle der PLO für einen Ausgleich mit Anerkennung und Dank bedacht? Das schwelende Nahostproblem bildete seit dem Sechstagekrieg 1967, vor allem aber nach dem Yom Kippurkrieg, zwischen Israel und Europa stets einen Diskussionspunkt, wenn nicht gar von Zeit zu Zeit einen Zankapfel, man denke nur an die kriegerischen Ausweitungen im Libanon. Beeinflusst doch das Schicksal der Palästinenser im Zis-Jordanland und im Gazastreifen, insgesamt knapp der Fläche des Burgenlandes vergleichbar, Sicherheit und Wohlstand unseres Kontinents. Die Vision einer friedlichen Zwei-Staatenlösung von Präsident Bush im Juni 2002, ausgeformt durch eine die Handschrift der EU tragende „road map“, wurde von Israel und der Palästinensischen Behörde als verpflichtend akzeptiert und von der internationalen Staatengemeinschaft bestätigt: Leider erfüllten sich die in diesen Friedensfahrplan gesetzten Hoffnungen bisher nicht, er kam über Anfangserfolge kaum hinaus, nicht zuletzt durch einen Wahlerfolg der auch von allen EU-Staaten als

Terrororganisation erklärten Hamas-Partei sowie deren Machtergreifung im Gazastreifen und daraus resultierend durch das Fehlen einer effektiven, der Gewalt abschwörenden palästinensischen Zentralgewalt.

Der jüngste Besuch von Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer im September 2007 in Israel, 14 Jahre nach dem historischen Bekenntnis von Österreichs Mitverantwortung aus dem Mund von Kanzler Vranitzky, zementierte die nunmehr wieder - und hoffentlich permanent - ausgezeichneten und herzlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern. Österreich ist auf wirtschaftlichem Gebiet aufgerufen, in der Zukunft seinen noch immer recht bescheidenen Warenaustausch zu vergrößern und, dank des technologischen Spitzenniveaus der israelischen Forschung, zu gemeinsamem Nutzen verstärkt zusammenzuarbeiten. Das gegenwärtige Jubiläum bietet etwa die Gelegenheit der Stiftung eines bilateralen industriellen Forschungsförderungsfonds Österreich-Israel.

Hand in Hand mit wechselnd intensiven offiziellen Beziehungen, oft auch diesen vorausseilend, stellen die diversen Freundschaftsgesellschaften für Israel und seine kulturellen und sozialen Institutionen ein wesentliches Bindeglied zu Israel dar, angefangen von der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft, die auf ein 45 jähriges Wirken zurückblicken kann, während dessen zahlreiche Sozialprojekte in Israel verwirklicht wurden. Der Heinz Nittel- Verkehrserziehungspark in Jerusalem, benannt nach dem 1981 von palästinensischen Terroristen ermordeten Präsidenten der ÖIG, stehe als Beispiel. Das Mitteilungsblatt SHALOM, das Sie in Händen halten, feiert bereits sein 40 jähriges Jubiläum. Neben der parlamentarischen Freundschaftsgesellschaft unter Nationalrat Franz Morak seien die spendenfreudigen Gesellschaften für die Hebräische Universität in Jerusalem samt dessen Austria Center und Kardinal König Lehrstuhl, die Gesellschaft für die Tel Aviv Universität, für die von Teddy Kollek gegründete Jerusalem Foundation, Yard Vashem und Hadassa neben vielen anderen erwähnt. Auch an der Gründung der besonders für die Bedürfnisse der arabischen Bevölkerung von Galiläa abgestimmten „Mar Elias Universität“ in Ibillin sind österreichische Wohltäter am Werk. Dank ihrer namhaften Unterstützung für jüdische Opfer der Shoa und soziale Einrichtungen sowie für wissenschaftliche Projekte über das Studium von Antisemitismus, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit stellen auch der Nationalfonds der Republik sowie der Zukunftsfonds nicht nur wichtige Meilensteine der österreichischen aktiven Vergangenheitsverarbeitung dar, sondern geben auch wertvolle bilaterale Impulse. So subventionierte der Nationalfonds anlässlich der 50-Jahrfeier diplomatischer Beziehungen in Tel Aviv den Erwerb des Clubs der Österreicher, der sich in enger Zusammenarbeit mit dem österreichischen Kulturinstitut zu einem Sozial- und Kulturzentrum entwickelt; der Zukunftsfonds finanzierte zum selben Anlass ein englischsprachiges Werk über die 86 österreichischen Gerechten unter den Nationen.

Das 60 Jahre junge Israel bewährte sich in einem heldenmütigen, hartnäckigen Kampf ums Überleben und kann auf bewundernswerte Aufbauleistungen auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet sowie wissenschaftliche Spitzenleistungen von internationalem Niveau hinweisen. Es setze seinen erfolgreichen Weg weiter fort und meistere erfolgreich, dank innerlich demokratischer Stärke, die Herausforderung einer Integration seiner bunt gemischten Teile der Gesellschaft, von Arabern über Ethiopter bis hin zu den Drusen. Es möge, zum Wohl der gesamten Region, auch zu seinen problematischen Nachbarn zur rechten Zeit das rechte Wort finden. Hierbei weiß es die Unterstützung der USA wie auch der EU: Spielt doch die nunmehr erweiterte EU eine gewichtige Rolle in der israelischen Realität, auf politischer wie auch wirtschaftlicher Ebene. Sie ist Israels wichtigster Wirtschaftspartner, verbunden in einem Freihandelsabkommen sowie in einem in die Zukunft schauenden modernen Aktionsplan zur Intensivierung der Zusammenarbeit auf allen gesellschaftspolitisch relevanten Gebieten.

Viel Glück für die nächsten sechzig Jahre in Eintracht und Frieden! Botschafter i.P. Dr.
Kurt Hengl